



---

## Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

27. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)\*)

26. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.20 Uhr bis 13.20 Uhr

Vorsitz: Hannelore Brüning (CDU)

Stenograph: Wolfgang Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

TOP 1 und 2 siehe APr 12/732

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998) - Einzelplan 08**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2400

Vorlagen 12/1460, 12/1461 und 12/1608

Die Einzelabstimmungen über die Anträge der Fraktionen bringen folgende Ergebnisse (die Anträge der Koalitionsfraktionen sind diesem Protokoll als Anlage 1 und die der CDU-Fraktion als Anlage 2 beigelegt):

---

\*) öffentlicher Teil siehe APr 12/732

**Zu Kapitel 08 030**

**Titel 685 13:** Antrag 2 der Fraktion der CDU wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

Antrag 1 der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN wird gegen die Stimmen der CDU angenommen.

**Titel 682 60:** Antrag 2 der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN wird gegen die Stimmen der CDU angenommen.

**Titel 685 60:** Antrag 3 der Fraktion der CDU wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

**Titelgr. 73:** Nachdem die CDU ihren Antrag Nr. 4 zu dieser Titelgruppe zurückgezogen hat, stimmen alle drei Fraktionen einstimmig dem Antrag Nr. 3 von SPD und GRÜNEN zu den Titeln 685 73 und 893 73 zu.

**Titel 286 20:** Antrag Nr. 6 der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN wird einstimmig angenommen.

**Titel 661 10:** Antrag Nr. 1 der CDU-Fraktion wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

Antrag Nr. 4 der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN wird gegen die Stimmen der CDU angenommen.

**Zu Kapitel 08 031**

**Titel 661 62:** Antrag Nr. 5 der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN wird gegen die Stimmen der CDU angenommen.

**Forts. Kapitel 08 030**

**Titel 653 83:** Antrag Nr. 7 der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN wird gegen die Stimmen der CDU angenommen.

**Titel 685 85:** Antrag Nr. 8 der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN wird gegen die Stimmen der CDU angenommen.

**Titel 685 21:** Antrag Nr. 9 der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN wird gegen die Stimmen der CDU angenommen.

In der **Gesamtabstimmung** nimmt der Wirtschaftsausschuß den Einzelplan 08 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - unter Einbeziehung der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU an.

**4 CDU: Umweltpakt für NRW**

16

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/2345

Die drei Fraktionen kommen überein, über den Antrag in der Sitzung am 21. Januar 1998 abschließend zu beraten.

**5 Arbeitsmarkimpulse und effizientere Energienutzung durch Contracting-Modelle in der staatlichen Bauverwaltung NRW**

20

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 12/2393

Der Antrag Drucksache 12/2393 wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und CDU einstimmig angenommen.

**6 Die PC-Nutzung muß für Unternehmen gebührenfrei bleiben**

21

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/2490

Der Antrag der CDU Drucksache 12/2490 wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

Nächste Sitzungen: 28. November 1997 (gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung)

21. Januar 1998

\*\*\*\*\*

### Aus der Diskussion

Nach Feststellung der Nichtöffentlichkeit durch **Vorsitzende Hannelore Brüning** setzt der Ausschuß seine Beratungen fort:

#### 3 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998) - Einzelplan 08**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2400

Vorlagen 12/1460, 12/1461 und 12/1608

Die **Vorsitzende** erinnert daran, daß der Ausschuß den Einzelplan 08 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie - in seiner Sitzung am 08.10.1997 in Form der Kenntnisnahme des Einführungsberichts zum Haushalt beraten habe und übereingekommen sei, die Einzelberatung in der heutigen Sitzung zusammen mit der Abschlußberatung durchzuführen.

**Laurenz Meyer (CDU)** bedauert, daß ausgerechnet in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation im Wirtschaftshaushalt Kürzungen in Höhe von nahezu 40 Millionen DM vorgenommen worden seien. Insofern sei der Wirtschaftsminister bei den Haushaltsberatungen im Kabinett sicherlich nicht in einer beneidenswerten Lage gewesen.

Bisher wisse man auch nicht, wie hoch der Anteil des Wirtschaftshaushalts an den pauschalen Minderausgaben von rund 200 Millionen DM sei. Angesichts der im Wirtschaftshaushalt überhaupt noch enthaltenen variablen Ansätze scheine ihm eine Kürzung in größeren Umfang nicht mehr möglich zu sein, ohne die Dinge in den einzelnen Förderbereichen, wie etwa bei den arbeitsplatzschaffenden Existenzgründungen, der Förderung des Mittelstandes und des Handwerks sowie der Förderung neuer Technologien, völlig auf den Kopf zu stellen. Selbst das REN-Programm sei um rund 40 % gekürzt worden, so daß man sich fragen müsse, wie das überhaupt noch zu vertreten sei.

Mit diesen pauschalen Minderausgaben werde das Budgetrecht des Parlaments bis zur Unkenntlichkeit entstellt; denn unabhängig davon, was politisch gewollt sei, müßten anschließend von der Verwaltung entsprechende Kürzungen vorgenommen werden, um die Minderausgaben zu erwirtschaften.

Noch mehr als im letzten Jahr, als die CDU schon darauf hingewiesen habe, daß sich die Haushaltsplanberatungen zu einer Farce entwickelten, was seinerzeit noch bestritten worden sei, zeige sich in diesem Jahr, daß die Befürchtungen der CDU leider weitgehend eingetroffen seien. Seines Erachtens hätte es angesichts der wirtschaftlichen Lage Kürzungsmöglichkeiten in anderen Haushalten gegeben, statt sie ausgerechnet im Wirtschaftshaushalt vorzunehmen.

Es könne nicht angehen, daß der Wirtschaftsminister im Lande Schwerpunktsetzungen verkünde und im Gegensatz dazu im Haushalt genau an diesen Stellen sogar noch Kürzungen gegenüber den Vorjahren vorgenommen würden.

Der Einzelplan 08 in der vorliegenden Fassung sei kein Ausweis dafür, daß die Landesregierung selbst in den Bereichen, für die sie es immer wieder ankündige, wirklich ernsthaft Schwerpunkte setzen wolle. Die CDU werde einige wenige Änderungsanträge stellen, um die Botschaft zu übermitteln, daß sie an den Stellen, an denen sie sogar gemeinsam mit der SPD Handlungsbedarf erkannt habe, diesen Handlungsbedarf auch wirklich ernst nehme.

Wegen der vielfältigen gegenseitigen Deckungsmöglichkeiten sei der Haushalt für das Parlament ohnehin schwer durchschaubar. Mit den Kürzungen bei entscheidenden Positionen stelle er sich als eine Bilanz dar, die man nur noch verschämt, aber nicht mehr offensiv mit der Darstellung von Schwerpunktsetzungen vertreten könne. Deswegen sollten die Fraktionen im Wirtschaftsausschuß gemeinsam versuchen, wenigstens an der einen oder anderen Stelle noch Änderungen herbeizuführen. Seine Fraktion jedenfalls habe keine Scheu, dort, wo es um gemeinsame Anliegen gehe, auch Anträgen der Mehrheitsfraktionen zuzustimmen; die Lage sei viel zu ernst, als daß man sich auf "Nickeligkeiten" zurückziehen könnte.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** fragt nach Deckungsvorschlägen für die von der CDU gestellten Anträge. - Seine Fraktion habe dankenswerterweise beschlossen, so erläutert **Laurenz Meyer (CDU)**, wegen der sehr bedrohlichen Lage die Deckung für die zum Wirtschaftshaushalt gestellten Anträge an anderer Stelle herbeizuführen, was von den CDU-Abgeordneten im Haushalts- und Finanzausschuß im einzelnen vorgetragen werde. Die CDU-Fraktion habe eingesehen, daß es unverantwortlich wäre, in der jetzigen ernstesten Situation im Wirtschaftshaushalt Kürzungen vorzunehmen.

**Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr Wolfgang Clement** erwidert, angesichts eines Haushaltsvolumens des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums von 6,7 Milliarden DM davon zu sprechen, daß das Budgetrecht des Parlaments durch die erforderlichen Kürzungen in Frage gestellt sei, das halte er für etwas gewagt. Die globale Minderausgabe für den Haushalt des Wirtschafts- und Verkehrsministers bewege sich in der Größenordnung von rund 122 Millionen DM.

Der Sprecher der CDU-Fraktion habe die wechselseitige Deckungsfähigkeit zwischen einzelnen Titeln angesprochen. Dabei müsse man berücksichtigen, daß der Verwaltung ununterbrochen gepredigt werde, mehr Flexibilität innerhalb der Administration zu entwickeln und zur Budgetierung überzugehen. Dies habe dann allerdings zur Folge, daß der Spielraum der Verwaltung größer und das Verwaltungshandeln ein wenig der unmittelbaren Kontrolle durch das Parlament entzogen werde. Wenn es nach ihm ginge, würde er die Budgetierung noch sehr viel weitertreiben. Dies sei für ihn auch aus der Sicht eines Parlamentariers nicht nachteilig; denn das Parlament kontrolliere nach wie vor, was geschehe, insbesondere im nachhinein, wenn geprüft werde, wofür das Geld ausgegeben worden sei.

Auf den wichtigsten Feldern, über die man miteinander rede - Stichworte etwa: Gründungs-offensive, Ausbildung -, spreche man nicht in erster Linie über öffentliches Geld. Auch bei einem gestrigen Treffen mit den Partnern der Gründungs-offensive, das außerordentlich ermutigend verlaufen sei, habe das Thema "Geld" die geringste Rolle gespielt. Viel wichtiger sei, in der Öffentlichkeit Verständnis dafür zu wecken, daß man in diese Richtung gehen müsse und daß alle an einem Strang ziehen müßten. Der Zwang zur Sparsamkeit, der gewaltig sei - denn es gebe noch einmal rund 2 Milliarden DM Einnahmeeinbußen -, habe auch seine sehr wohltuenden Wirkungen.

Weder bei der Gründungs-offensive noch bei der Ausbildung noch bei der Mittelstandsförderung gebe es gravierende Kürzungen. Das Ministerium behalte absolut seinen Handlungsspielraum. Durch die globale Minderausgabe werde es allerdings hier und da zu Operationen kommen müssen, was er aber jetzt noch nicht präzise übersehen könne. Er werde dies dem Ausschuß wie im letzten Jahr sofort mitteilen, sobald das möglich sei.

Im Rahmen des Ausbildungskonsenses habe das Land im letzten Jahr für jeden außerbetrieblichen Ausbildungsplatz 17 000 DM eingesetzt. Unter dem Druck der Verhältnisse sei man jetzt in den Gesprächen mit den Kammern zu dem Ergebnis gekommen, daß vermutlich nur 10 000 DM für einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz aufgebracht werden müßten. Dies sei ein Beispiel dafür, daß manches auch ein bißchen günstiger möglich sei.

Die Zeiten, in denen man überall mit öffentlichem Geld habe winken können, seien vorbei, und dies betrachte er durchaus als positiv. Es komme jetzt darauf an, sich auf die Aufgaben zu konzentrieren, die unabweisbar notwendig seien.

Nach seinem Empfinden sei der Wirtschaftshaushalt auch im Verhältnis der Ressorts untereinander relativ gut weggekommen.

Wo er allerdings Probleme sehe und was für Nordrhein-Westfalen sehr schwierig werde, sei die Situation in den vom Rückzug des Bergbaus betroffenen Gebieten. Schließlich gebe es in einer Stadt wie Herten eine Arbeitslosenquote von rund 25 % und demnächst wahrscheinlich sogar 30 %. Dafür würden von seiten des Bundes die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe um rund 50 % gekürzt. Außerdem drohe die Entscheidung der Europäischen Kommission, die europäischen Strukturhilfemittel ab 1999 drastisch zu reduzieren.

Im Moment sei die Situation noch beherrschbar. Sollte es allerdings zu gravierenden dauerhaften Einbrüchen bei der Gemeinschaftsaufgabe und insbesondere bei den europäischen Strukturhilfemitteln kommen, dann werde es kritisch. Man werde dann Zusätzliches für diese Regionen tun müssen, ohne daß er auf Anhieb sagen könnte, woher die Mittel dafür genommen werden sollten.

Die unzweifelhaft bestehende Finanznot der öffentlichen Haushalte zwingt zu kreativem Nachdenken über andere Finanzierungsmöglichkeiten. Anders als Laurenz Meyer (CDU) sei er der Meinung, daß dieses Nachdenken beim Wagniskapital zu einer guten Lösung geführt habe. In einzelnen Sparten neben der Bio- und Gentechnologie werde es Sonderwagniskapitalfonds geben. Eine ziemlich gute Entwicklung sei auch in der regionalen Entwicklung von Wagniskapitalfonds festzustellen. Lediglich im Ruhrgebiet seien noch Verbesserungen nötig.

Deshalb gebe es, insgesamt gesehen, nach seiner Einschätzung keinen Grund zum Jammern. Man werde sich nach der Decke strecken müssen, aber die zur Verfügung stehenden Mittel würden ausreichen, um die politisch gewünschten Schwerpunkte zu setzen.

Dies gelte ausdrücklich für die Ausbildung. Er lege seine Hand dafür ins Feuer, daß hinsichtlich der außerbetrieblichen Maßnahmen von Landesseite aus das geschehen werde, was unabweisbar getan werden müsse.

Dies gelte ebenso für die Gründungsoffensive, bei der man für die Gründer durch die Wagniskapitalfonds mehr Geld als je zuvor zur Verfügung haben werde. Mit ziemlicher Sicherheit werde es zum 1. Januar auch den Beteiligungskapitalfonds geben, worüber im Dezember noch ein Gespräch mit den Beteiligten anstehe.

Inzwischen finde auch eine Diskussion über die Einrichtung eines Turn-around-Fonds in Nordrhein-Westfalen statt.

Außer im Bereich der Bio- und Gentechnologie, wo sie mittlerweile außerordentlich fruchtbar seien, werde es zusätzliche Wagniskapitalfonds in der Informations- und Kommunikationstechnologie geben. Hier werde für die Unternehmer mehr Spielraum vorhanden sein als je zuvor. Dies sei mit öffentlichem Geld schlichtweg nicht darstellbar.

Auch bei den neuen Energietechniken sei das Land gut vorangekommen. Bestes Beispiel dafür sei die Solarfabrik, die inzwischen errichtet worden sei und mit der man weiter sei, als es der im öffentlichen Teil der Sitzung behandelte Antrag der CDU unterstelle.

Er könne also diesen Haushalt sehr gut vertreten und sei entschlossen, dies zu tun. Morgen im Bundestag werde er erläutern, daß, wie es Laurenz Meyer vorgetragen habe, das Land nicht genug Geld habe, und begründen, warum es nicht genug Geld habe.

Nach den Worten von **Bodo Hombach (SPD)** besteht der Test für die Regierungsfähigkeit einer Opposition in den Haushaltsberatungen darin, ob sie für ihre Anträge Deckungsvorschläge vorlegen könne oder lediglich "Luftnummern" buche. Diesen Test habe die Opposition nicht bestanden; denn es gehe nicht an, darauf zu verweisen, daß die Deckungsvorschläge in anderen Ausschüssen aus anderen Etats eingebracht würden.

Im übrigen habe er erfahren, daß die CDU keineswegs nur im Wirtschaftsausschuß Erhöhungsanträge zum Haushalt stelle. Auch im Sportausschuß seien umfangreiche Wünsche der CDU gegenüber dem Haushalt vorgetragen worden, und aus dem Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik höre man ähnliches.

Seine Fraktion schließe sich dem an, was der Wirtschaftsminister zu der schwierigen Gratwanderung zwischen Konsolidierungsdruck und Wünschenswertem ausgeführt habe. Er halte es im übrigen auch für Wirtschaftspolitik im besten Sinne, dort, wo sich andere Finanzierungswege - zum Beispiel über die Deutsche Ausgleichsbank - anböten, durch die öffentliche Mittel ersetzt werden könnten, diese Wege zu nutzen.



Den Ausweis von Regierungsfähigkeit sehe er darin, so betont **Laurenz Meyer (CDU)**, wenn man es schaffe, über die Fachbereiche hinausgehende Schwerpunkte zu setzen. Es möge zwar der Koalitionsarithmetik entgegenkommen, wenn man sich nur innerhalb der Fachausschüsse in bestimmten festgelegten Grenzen bewegen dürfe. Er sehe es jedenfalls als ein gutes Ergebnis der Wirtschaftspolitik in der CDU-Fraktion an, daß es ihnen möglich gewesen sei, Schwerpunkte im Wirtschaftshaushalt zu setzen und dafür in anderen Bereichen, in denen dies in der jetzigen Situation möglicherweise nicht so dringend sei, Deckungsmöglichkeiten zu eröffnen.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** hält es für unerträglich, wenn die CDU Anträge stelle, ohne auch nur sagen zu können, wie allgemein die Deckung erfolgen solle. Wenn die CDU den Wirtschaftsetat, der als einziger Etat in diesem Jahr um 230 Millionen DM gewachsen sei, noch weiter aufstocken wolle, dann müsse sie zumindest zu erkennen geben, woher die allgemeine Deckung kommen solle.

Sie höre auch aus anderen Ausschüssen, daß dort von der CDU keine Deckungsvorschläge unterbreitet worden seien. Wenn die CDU unter den gegebenen Umständen also bisher lediglich mehr Ausgaben verlange, dann könne man nur hoffen, daß ihr bis zum Abschluß der Haushaltsberatungen noch Deckungsmöglichkeiten einfielen.

Der Ausschuß wendet sich sodann den **Änderungsanträgen** zum Haushaltsplanentwurf 1998 zu.

### **Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes**

**Vorsitzende Hannelore Brüning** weist auf die Deckungsgleichheit des Antrags Nr. 1 der Koalitionsfraktionen - Anlage 1 zu diesem Protokoll - und des Antrags Nr. 2 der CDU-Fraktion - Anlage 2 - zu Titel 685 13 ("Meistergründungsprämie") hin, die sich lediglich durch die Summe der beantragten Ansatzserhöhung unterschieden.

**Hubert Schulte (Menden) (CDU)** begründet die von seiner Fraktion beantragte Erhöhung des Ansatzes um 9 Millionen DM damit, daß die CDU, wie es unter TOP 2 diskutiert worden sei, die Frist zwischen Meisterprüfung und Existenzgründung auch für Männer auf fünf Jahre verlängern wolle.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** hält die von den Koalitionsfraktionen vorgesehene Aufstockung um 5 Millionen DM für richtig. Man werde sicherstellen, daß damit die Ausweitung der Frist um jeweils ein Jahr bei den Frauen und den Männern zu finanzieren sei, und sie

freue sich, daß es im Konsens der beiden Koalitionsfraktionen hier zu einer Änderung gekommen sei.

(Alle Abstimmungsergebnisse über die Einzelanträge sind im Beschlußprotokoll festgehalten.)

Den Antrag von SPD und GRÜNEN zu Titel 682 60 - Beratungshilfen zur Fortführung von Stilllegung bedrohter Betriebe - begründet **Heidi Berger (SPD)**: Diese Beratungshilfen hätten in den vergangenen Jahren sehr viel Resonanz gefunden und einer großen Zahl von Betrieben zu deren Weiterführung verholfen. Wenn man den Zuschuß auf den dadurch erhaltenen Arbeitsplatz umrechne, zeige sich, daß mit relativ wenig Geld sehr viel erreicht werden könne. Deswegen solle der Ansatz nach dem Willen der Koalitionsfraktionen in der Vorjahreshöhe erhalten bleiben.

**Laurenz Meyer (CDU)** weist darauf hin, daß die Titelgruppe 60 gegenüber dem vorjährigen Haushaltsansatz von 22 Millionen auf 15,3 Millionen DM, also um 30 %, gekürzt worden sei. Innerhalb dieser Titelgruppe mache sich die CDU mit ihrem Antrag Nr. 3 dafür stark, mehr Mittel für Beratungshilfen und Coaching im Zuge von Existenzgründungen bereitzustellen. Immer wieder sei von Experten die besondere Bedeutung von Beratungshilfen in der Existenzgründungsphase hervorgehoben worden. Wenn die Effizienzkontrolle entsprechend dem Gutachten von Prognos und Simma gesteigert werde, werde man die Mittel für diese Beratungshilfen noch effizienter einsetzen können als bisher. Man brauche aber diese Beträge, wenn man die Förderung von Existenzgründungen wirklich ernst meine.

**Minister Wolfgang Clement** macht darauf aufmerksam, daß für den Bereich der Beratungen zusätzlich auch noch etwa 5 Millionen DM aus EU-Mitteln, die an dieser Stelle nicht ausgewiesen seien, zur Verfügung stünden. - Im übrigen seien die beiden zur Diskussion stehenden Titel gegenseitig deckungsfähig, so daß dort faktisch kein Problem entstehen könne.

Die Koalitionsfraktionen, so erläutert **Alexandra Landsberg (GRÜNE)**, hätten sich auf die von ihnen beantragte Erhöhung verständigt, weil, wie auch die Presse in den vergangenen Wochen immer wieder gemeldet habe, die Zahl der Betriebsstillegungen und Konkurse erheblich zugenommen habe, so daß auf diesem Gebiet erhöhter Handlungsbedarf bestehe.

Es sei nicht zu bestreiten, daß es auch in dem mit dem CDU-Antrag angesprochenen Bereich Handlungsbedarf gebe. Der Wirtschaftsminister habe sie allerdings mit seinem Hinweis überzeugt, daß der Titelansatz im Prinzip überrollt worden sei. Ohne einen Deckungsvorschlag aber könne sie dem CDU-Antrag ohnehin nicht zustimmen.

Zu **Titelgruppe 73** - Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung - ruft **Vorsitzende Hannelore Brüning** die deckungsgleichen Anträge Nr. 3 der Koalitionsfraktionen und Nr. 4 der CDU-Fraktion auf.

**Fritz Kollorz (CDU)** macht deutlich, daß, wenn die von den Regierungsfractionen angegebene Begründung für die Aufstockung dieses Titels zutreffe, er nicht einsehen könne, daß die Haushaltsmittel in dieser Größenordnung gesperrt werden sollten. - Die Sperrung hat nach den Worten von **Minister Clement** damit zu tun, daß man auf die ESF-Mittel warte. Wenn, wovon die Landesregierung ausgehe, die ESF-Mittel eingegangen seien, würden diese in Anspruch genommen. - **Laurenz Meyer (CDU)** erklärt daraufhin, daß die CDU ihren Antrag zurückziehe und sich dem Antrag der Koalitionsfraktionen anschließe.

Bei den Anträgen zu **Titel 661 10** - Kredite für kleine und mittlere Unternehmen in NRW - macht **Bernhard Tenhumberg (CDU)** darauf aufmerksam, daß die CDU in ihrem Antrag Nr. 1 im Gegensatz zum Koalitionsantrag Nr. 4 eine Erhöhung des Mittelansatzes beantrage. Eine weitere Reduzierung des Ansatzes, wie sie von SPD und GRÜNEN beantragt werde, sei schon deswegen nicht verständlich, weil der Ist-Stand zum 30.09.1997 bereits Ausgaben von 17,3 Millionen DM ausweise. Mit einer weiteren Kürzung würde man also die Ist-Ausgaben des laufenden Jahres unterschreiten.

Darüber hinaus interessiere ihn, wie die Höhe der Zinszuschußmittel, um die es hierbei überwiegend gehe, und wie die auf Seite 30 des Haushaltsplanentwurfs ausgewiesenen Bearbeitungsentgelte ermittelt würden.

Die CDU sehe dieses Programm als sehr sinnvoll an und sei der Meinung, daß gerade für Existenzgründungen und Betriebsverlagerungen höhere Mittel bereitgestellt werden müßten. Nach seiner persönlichen Auffassung müßten die Zinskonditionen noch wesentlich verbessert werden, um von einer effektiven Förderung sprechen zu können.

Der Haushaltsansatz von 14 Millionen DM, so erläutert **Minister Wolfgang Clement**, sei aufgrund einer in der Endformulierung befindlichen Absprache mit der Deutschen Ausgleichsbank kalkuliert worden. Es werde ein zwischen der Deutschen Ausgleichsbank und den Landesförderinstrumenten exakt abgestimmtes Programm aufgelegt werden, wodurch zugunsten des Mittelstandes in Nordrhein-Westfalen mehr Kreditfinanzierungsmittel unmittelbar verfügbar gemacht würden. Es werde eine Aufgabenteilung vorgenommen: Wo die Deutsche Ausgleichsbank antrete, brauche das Land nicht mit seinen Konditionen einzutreten. Das Land ergänze dann das Programm der Deutschen Ausgleichsbank. Davon erwarte man eine deutliche Verbesserung der Situation auf diesem Sektor.

Dies sei auch vor dem Hintergrund wichtig, daß die Deutsche Ausgleichsbank nach dem Willen der Bundesregierung im Ruhrgebiet im Zusammenhang mit dem Rückzug des Bergbaus noch einen besonderen Akzent setzen werde.

Demnach sei das Land, auch wenn sich das in dem Haushaltsansatz so nicht niederschläge, nach Auffassung der Landesregierung für den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen gut ausgestattet.

Wenn das mit der Deutschen Ausgleichsbank abgestimmte Programm vorliege, werde er es dem Ausschuß zuleiten. Seine Empfehlung sei, darüber dann eine gesonderte Sachdebatte zu führen.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** gibt zu erkennen, daß sie der CDU-Antrag zu diesem Titel sehr wundere, weil sie von der gemeinsamen Auffassung ausgegangen sei, daß die zur Verfügung stehenden Wirtschaftsförderungsmittel effizient eingesetzt werden sollten. Zweifellos gebe es aber in diesem Bereich hohe Mitnahmeeffekte.

Sie habe das Anliegen des Handwerks und der Industrie- und Handelskammern so verstanden, daß man eine unbürokratische Unterstützung für viele kleinere Unternehmen als notwendig erachte. Vor diesem Hintergrund finde sie es bundesweit vorbildlich, in welcher Weise das Wirtschaftsministerium hier agiert habe, daß es hierbei tatsächlich zu einer Vereinfachung komme und daß auch im laufenden Haushaltsjahr schon in großem Maße Fördermittel der Deutschen Ausgleichsbank hätten in Anspruch werden können.

Angesichts der Haushaltslöcher, die dem Land von der Bundesregierung beschert worden seien, könne sie den CDU-Antrag nur ablehnen und um Zustimmung zum Koalitionsantrag bitten, der auch zur Deckung an anderer Stelle notwendig sei.

**Laurenz Meyer (CDU)** ist der Auffassung, daß es bei Existenzgründungen und Betriebsverlagerungen nach wie vor einen ganz erheblichen Handlungsbedarf gebe. Er bedauere außerordentlich, daß dieses von der Größenordnung her bedeutsamste Programm für diesen Bereich so stark reduziert werden solle.

Die CDU werde Bundeswirtschaftsminister Rexrodt mit seinen in Duisburg getroffenen Aussagen beim Wort nehmen, daß gerade die Mittel von der Deutschen Ausgleichsbank in dem angekündigten Maße bereitgestellt würden und Schwerpunkte in den Bereichen gesetzt werden könnten, in denen jetzt auch der Bergbau Einschnitte habe vornehmen müssen. Unabhängig davon bestehe auch in den übrigen Landesteilen weiterhin Handlungsbedarf.

In den Erläuterungen zu ihrem Antrag habe die CDU die Förderung ausdrücklich auf Existenzgründungen und Betriebsverlagerungen beschränkt, um die Mitnahmeeffekte in möglichst engen Grenzen zu halten. Er verweise dazu auch auf die Ausführungen der Gutachter anläßlich der gegen Ende der vorigen Legislaturperiode durchgeführten Anhörung.

Er bittet den Minister um Erläuterung der Konstruktion der bei der Beteiligungsbank in Neuss geplanten Mittelaufstockung.

Der **Minister** bekräftigt, daß man ohne Zweifel für den Mittelstand mehr Beteiligungskapital als derzeit und auch begünstigte Kredite brauche. Im Zusammenhang mit dem Beteiligungs-

kapital seien drei Modelle in der Diskussion. In dieser Diskussion spiele das Verhältnis der beteiligten Banken eine wesentliche Rolle. Dies habe etwas mit Wettbewerb zu tun, und deshalb sei die Lösung nicht ganz einfach. Er hoffe, in einem für Dezember anberaumten Spitzengespräch zu einer Lösung des Problems zu kommen, so daß man im Januar damit beginnen könne. Sobald eine Verständigung erzielt worden sei, werde er den Ausschuß informieren.

Auf der Basis der im Haushaltsplanentwurf veranschlagten 14 Millionen DM werde die Landesregierung mit der Deutschen Ausgleichsbank ein abgestimmtes Programm durchführen, das aus seiner Sicht eine ausreichende Kreditfinanzierung ermögliche.

Bundesminister Rexrodt habe in Gelsenkirchen angekündigt, daß die Deutsche Ausgleichsbank in diesem Sektor insgesamt, nicht nur für Kredite, für die vom Rückzug des Bergbaus betroffenen Gebiete Mittel in einer Größenordnung von 900 Millionen DM einsetzen wolle.

Die Abstimmungen mit der Deutschen Ausgleichsbank funktionierten vorbildlich, und es gebe nicht den geringsten Grund zum Mißtrauen. Nach Abschluß der Abstimmungsgespräche werde erkennbar werden, daß mit den 14 Millionen DM und dem, was die Deutsche Ausgleichsbank einsetzen werde, die Kreditfinanzierung für den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen gesichert sei.

**Bodo Hombach (SPD)** macht deutlich, daß seine Fraktion dem Antrag der CDU schon deshalb nicht folgen könne, weil er keinen Deckungsvorschlag enthalte und insofern nicht seriös sei. Außerdem entbehre er der sachlichen Notwendigkeit.

Zugegebenermaßen sei jede Einschränkung in diesem Sektor schmerzlich. Die Koalition habe jedoch in der Abwägung verschiedener Vorschläge sogar eine Kürzungsmöglichkeit von 700 000 DM ermittelt, womit andere Maßnahmen, die der Koalition prioritär erschienen, abgedeckt werden könnten. Dies halte er vor dem Hintergrund dessen, was der Minister dargestellt habe, für vertretbar.

Wenn 1997, so gibt **Bernhard Tenhumberg (CDU)** zu bedenken, 35 Millionen DM im Haushalt zur Verfügung gestellt worden seien, dann sei damit der politische Wille verbunden gewesen, daß diese Sonderkredite auch in Anspruch genommen würden. Da per 30.09.1997 aber nur 17,3 Millionen DM abgerufen worden seien, interessiere ihn, ob die Konditionen der Deutschen Ausgleichsbank, also des Bundesprogramms, attraktiver seien als die des Landes Nordrhein-Westfalen.

Er fragt, ob die Landesregierung im Rahmen der Abstimmung mit der Deutschen Ausgleichsbank beabsichtige, ganz aus einem Landesprogramm auszusteigen, um diese Maßnahmen zu bündeln.

**Ministerialdirigent Thomalla (MWMFTV)** weist darauf hin, daß die im letzten Jahr begonnene Zusammenarbeit mit der Deutschen Ausgleichsbank in diesem Jahr erstmals Wirkungen gehabt habe, was auch daraus ersichtlich sei, daß aus dem Ende des Jahres 1996 für 1997

verabschiedeten Titel nicht so viel in Anspruch genommen werden müsse, wie ursprünglich einmal gedacht worden sei.

Mit einigen Zahlen könne belegt werden, was die Deutsche Ausgleichsbank in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Vorjahr getan habe: Die Zahl der Anträge bei der Deutschen Ausgleichsbank sei für den Bereich der Eigenkapitalhilfe (EKH), also für Betriebsgründungen, bis Ende September 1997 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 50 % und für die übrigen Darlehen um 40 % gestiegen. Der prozentuale Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen an den bundesweit zur Verfügung gestellten Mitteln habe sich im EKH-Bereich von 17 auf 20 % und im Darlehensbereich von 25 auf 26 % erhöht. Eine weitere Zahl untermauere, daß es eine tragfähige Grundlage für eine Reduzierung des Landesanteils gebe: 1995 habe die Deutsche Ausgleichsbank Darlehensmittel auf der Grundlage von Plafonds in Höhe von 358 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Hochgerechnet bis zum Ende des Jahres, steige dieser Betrag für 1997 auf 785 Millionen DM, also auf mehr als das Doppelte an.

Ihm sei im übrigen kein Fall bekannt, in dem ein Gründungs- oder Erweiterungsvorhaben, das mit verbilligten Darlehen habe finanziert werden sollen, nicht beschieden worden wäre. Anders als im Zuschußbereich, in dem Anträge "auf Halde" lägen, sei das bei den Darlehen nicht der Fall; hier werde alles bewilligt.

Was die Ausführungen des Abgeordneten Meyer (CDU) angehe, so treffe es zu, daß es sich um ein landesweites Programm handle. Durch die in diesem Jahr im Rahmen der Ziel-2-Förderung beginnende neue Phase habe das Wirtschaftsministerium in dem Programmbereich insgesamt bessere Möglichkeiten als bisher, sich an der Kreditfinanzierung zu beteiligen. Gerade für das Ruhrgebiet stünden aus dem Ziel-2-Programm noch einmal Verstärkungsmittel zur Verfügung, so daß die Mittel aus dem hier zur Diskussion stehenden Titel 661 10 verstärkt in den anderen Landesteilen eingesetzt werden könnten.

Nach dieser Konzeption würden Gründungen und Erweiterungen wirklich gut bedient. Die im CDU-Antrag ausdrücklich erwähnten Betriebsverlagerungen seien ein eigener Punkt in dem Abstimmungsprozeß mit der Deutschen Ausgleichsbank. Danach werde sich das Land hier verstärkt engagieren, wofür die Ausgleichsbank dem Land andere Aufgaben im Bereich der Eigenkapitalhilfe abnehme.

Das Wirtschaftsministerium gehe von einem Abschluß der Verhandlungen im Februar/März 1998 aus. Dann werde man vorbehaltlich des endgültigen Verhandlungsergebnisses erkennen, daß nach dem eigenständigen NW-Programm Betriebsverlagerungen, deren Förderung gegenwärtig bei 1,2 Millionen DM liege, wahrscheinlich bis zu einer Größenordnung von 4 Millionen DM gefördert werden könnten.

Zur Begründung des Antrags Nr. 7 von SPD und GRÜNEN, den Ansatz bei Titel 653 83 - Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung örtlicher und regionaler wirtschaftspolitischer Initiativen - um 0,35 Millionen DM zu erhöhen, weist **Alexandra Landsberg (GRÜNE)** darauf hin, daß aus diesem Titel seinerzeit die zum Teil überarbeitungsbedürftigen und auch bereits in der Überarbeitung befindlichen regionalen Entwicklungskonzepte finanziert worden seien. Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung sollten nach Meinung der Koalitionsfraktionen insbesondere regio-

nale wirtschaftspolitische Konzepte stärker unterstützt werden, mit denen versucht werde, die in den Regionen vorhandene Wirtschaftskraft auch für die Region zu nutzen.

Zu Antrag Nr. 8 der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN betr. Titel 685 85 - Landesprogramm "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk" - erinnert **Alexandra Landsberg (GRÜNE)** an die vorige Ausschußsitzung, in der schon einmal dargestellt worden sei, daß dieses Landesprogramm in einem Umfang von 4 Millionen DM ohne Schwierigkeiten abfließen werde. Im Haushaltsplanentwurf sei der Ansatz um 2 Millionen DM gekürzt worden, was mit diesem Antrag rückgängig gemacht werden solle.

**Fritz Kollorz (CDU)** fragt an dieser Stelle nach den Deckungsvorschlägen für die Koalitionsanträge, die in Höhe von rund 7 Millionen DM nach dem Sprachgebrauch der GRÜNEN "allgemein nicht gedeckt" seien.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** erwidert, sie könne gern die Gesamtdeckung für alle Koalitionsanträge, die ein Volumen von 80 Millionen DM ausmachten, vortragen. Daß die für den Einzelplan 08 beantragten Mehrausgaben nicht im Einzelplan 08 gedeckt würden, resultiere daraus, daß sich die Koalitionsfraktionen auf bestimmte Prioritätensetzungen geeinigt hätten.

Im einzelnen seien folgende Deckungsvorschläge vereinbart worden:

- sozialverträgliche Anhebung von Gebühren im Umfang von 5 Millionen DM auf kostendeckendes Niveau;
- Minderausgabe bei Geldgeschenken aus Anlaß von Jubiläen bei Beamten;
- Kürzung im Bereich des Vertriebenenförderungsgesetzes um 350 000 DM;
- minus 240 000 DM beim Landesmuseum "Volk und Wirtschaft";
- Kürzung im Bereich Aufklärung ökologische Abfallwirtschaft um eine gute halbe Millionen DM;
- Kürzung um 700 000 DM bei der Ausfinanzierung Denkmalschutz;
- Kürzung des Titels "Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit" um 700 000 DM;
- im Bereich Feuerschutz- und Rettungsgesetz Kürzung um 11 Millionen DM;
- Kürzung bei der Zinsverbilligung für Kredite um 700 000 DM;
- Kürzung der Schuldendiensthilfen für öffentliche Unternehmen um 700 000 DM;
- globale Minderausgabe bei den Gutachtentiteln über alle Einzelpläne um 20 Millionen DM, dafür Verstärkungstitel mit 10 Millionen DM im Einzelplan 20;
- eine Stellenbesetzungssperre, die ein Volumen von 43 Millionen DM erwirtschaftet.

So komme man zu einem Gesamteinsparvolumen von 81,52 Millionen DM, womit auch die Änderungsanträge zum Einzelplan 08 gedeckt seien.

**Fritz Kollorz (CDU)** fragt nach, ob mit diesem "Paket" auch die Erhöhungsanträge abgedeckt seien, die im zeitgleich tagenden Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales von den Koalitionsfraktionen mit dem Hinweis gestellt worden seien, daß Deckungsvorschläge dazu erst in der Beratung im Plenum vorgelegt würden.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** macht deutlich, daß auch die Anträge zum Bereich des Arbeits- und Sozialministeriums in der Weise gedeckt würden, wie sie das gerade vorgetragen habe. Selbstverständlich würden, wie es auch hier im Ausschuß geschehe, die die jeweiligen Einzelpläne betreffenden Deckungsanträge in den dafür zuständigen Fachausschüssen eingebracht.

**Laurenz Meyer (CDU)** bedankt sich für die klare Aussage, daß auch die globale Minderausgabe zur Deckung der Erhöhungsanträge eingesetzt werden solle. Dies unter dem vorhin von Bodo Hombach benutzten Wort von der "Regierungsfähigkeit" einzuordnen, halte er für geradezu waghalsig. Insofern erwarte er, daß der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion den gegenüber der CDU-Fraktion erhobenen Vorwurf der fehlenden Seriosität zurücknehmen werde.

Zurückzunehmen habe er gar nichts, erwidert **Bodo Hombach (SPD)**, weil genau das, was hier geboten werde, ein bezeichnendes Licht auf die Art und Weise werfe, wie von seiten der CDU mit den Haushaltsberatungen umgegangen werde. Die CDU habe im Wirtschaftsausschuß drei Erhöhungsanträge vorgelegt und geltend gemacht, die Fraktion habe es allein dem Arbeitskreis "Wirtschaft" erlaubt, Anträge zu stellen, ohne Deckungsvorschläge aus demselben Haushalt einzubringen. Er höre aber, daß auch in anderen Ausschüssen, unter anderem im Sportausschuß, in ganz erheblichem Maße zusätzliche Ausgaben beantragt worden seien.

Seine Fraktion werde noch klären, ob die CDU ihren Beitrag zum Konsolidierungskurs zu leisten bereit sei oder ob sie durch nicht gedeckte Erhöhungsanträge, denen die Regierungsfaktionen selbstverständlich nicht folgen könnten, lediglich Eindruck in der Öffentlichkeit machen wolle und damit in den Haushaltsberatungen Substanz durch Oberflächlichkeit ersetze.

Unbestreitbare Tatsache sei, daß jeder durch die Regierungsfaktionen eingebrachte Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf der Landesregierung zwischen den beiden Fraktionen diskutiert und nur dann gebilligt worden sei, wenn eine Deckung vorhanden gewesen sei. Alexandra Landsberg habe im einzelnen vorgetragen, aus welchen anderen Einzelplänen Deckung auch für die im Rahmen des Einzelplans 08 gestellten Erhöhungsanträge gewonnen werden solle. Darunter finde sich nicht die globale Minderausgabe, sondern es gehe darum, Einsparungen bei den Gutachtentiteln in allen Einzelplänen zu erzielen. Dies sei sachlich



geboten; denn eine "massive Papierproduktion" könne auch nicht im Interesse der Opposition liegen.

Die Regierungsfractionen hätten nachgewiesen, daß ihre Anträge gedeckt seien und daß sie es - wenngleich man sich noch mehr gewünscht hätte - geschafft hätten, im Haushaltsplan 08 Schwerpunkte zu setzen.

Im übrigen habe Laurenz Meyer (CDU) seine unzutreffende Aussage zu korrigieren, daß der Wirtschaftsetat ein Minus von 40 Millionen DM aufweise. Der Wirtschaftshaushalt im engeren Sinne zeige sogar positive Zahlen.

**Dr. Manfred Busch (GRÜNE)** merkt an, daß es nicht um die Regierungsfähigkeit der CDU, sondern um deren Oppositionsfähigkeit gehe.

Im übrigen sei zu Recht darauf hingewiesen worden, daß die Erhöhungs- und Kürzungsanträge der Koalitionsfractionen in den jeweils zuständigen Fachausschüssen eingebracht würden. Insofern seien im Wirtschaftsausschuß die den Einzelplan 08 betreffenden Anträge gestellt worden. Darüber hinaus seien auch die andere Ausschüsse betreffenden Deckungsvorschläge benannt worden, während die CDU lediglich angekündigt habe, die Deckung im Haushalts- und Finanzausschuß vortragen zu wollen. Er könne sich gut vorstellen, daß sich darunter zum Beispiel auch wieder die WestLB-Anteile befänden.

Entsprechend der Handhabung durch seine Fraktion empfehle er auch den Koalitionsfractionen, die Materialien sorgfältig durchzuarbeiten, die für die Haushaltsplanberatungen zur Verfügung stünden, erklärt **Laurenz Meyer (CDU)**. In der schriftlichen Einführung in den Einzelplan 08 - Vorlage 12/1461 - stehe nämlich auf Seite 12:

"Für diesen Bereich des engeren Wirtschaftshaushaltes (Kapitel 08 030 bis 08 060) waren in 1997 insgesamt 2.851,8 Mio. DM veranschlagt.

Vordergründig betrachtet sinken die für den Wirtschaftshaushalt veranschlagten Gesamtausgaben im Vergleich zu 1997 damit um 38,9 Mio. DM."

Mehr könne auch die Opposition nicht tun, als den Ausführungen des Ministers selbst Glauben zu schenken.

**Christian Michael Weisbrich (CDU)** kommt auf die von Alexandra Landsberg (GRÜNE) vorgetragene Deckungsvorschläge zurück, unter denen sich einer befinde, nach dem in einem Teilbereich eine Deckung in Höhe von 20 Millionen DM aus globalen Minderausgaben erfolgen solle. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, wie unter Wahrung des Budgetrechts des Parlaments eine Deckung aus globalen Minderausgaben erfolgen könne. Wenn dies zur Grundlage von Regierungshandeln werde, dann könne die Regierung beliebig Schwerpunkte setzen, ohne das Parlament zu beteiligen. - Er fragt, ob tatsächlich eine Deckung aus globalen Minderausgaben geplant sei oder ob sich die Abgeordnete Landsberg falsch ausgedrückt habe und diese Aussage korrigiere.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** stellt klar, daß über alle Einzelpläne hinweg die Gutachtentitel gekürzt werden sollten, um die Massenproduktion von nicht unbedingt nötigen Papieren zu reduzieren. Es handele sich dabei nicht um die allgemeine globale Minderausgabe, von der offenbar die CDU rede, sondern um eine globale Minderausgabe in Höhe von 20 Millionen DM bei allen Gutachtentiteln. Davon sollten 10 Millionen DM effektiv gekürzt und 10 Millionen in einen Verstärkungstitel im Einzelplan 20 eingestellt werden, um im Einzelfall, wenn noch zusätzlich wichtige Gutachten erforderlich werden sollten, diese daraus zu finanzieren.

Der Einzelplan 08 insgesamt zeige ausweislich des Haushaltsplanentwurfs einen Aufwuchs um 230 Millionen DM. Wenn man nicht das Kapitel 08 030 isoliert betrachte, sondern alle den Wirtschaftsetat im engeren Sinne ausmachenden Bereiche zugrunde lege, dann gebe es keine Kürzung des Wirtschaftshaushalts. Insofern könne sie nicht erkennen, daß eine Prioritätenverschiebung vorgenommen worden wäre.

**Bodo Hombach (SPD)** macht darauf aufmerksam, daß man, um nicht Mißverständnissen zu erliegen, die von Laurenz Meyer (CDU) zitierten zwei Absätze nicht losgelöst von dem lesen dürfe, was auf den Seiten 11 und 12 der Vorlage 12/1461 insgesamt zum Volumen des Einzelplans 08 ausgeführt sei.

Zum Antrag Nr. 9 der Koalitionsfraktionen betr. **Titel 685 21 - Zuschuß für das Landesmuseum Volk und Wirtschaft e.V., Düsseldorf** - macht **Minister Wolfgang Clement** darauf aufmerksam, daß es bei einer Kürzung des Ansatzes um 240 000 DM Probleme bei der Finanzierung des Museums geben könnte. Im Prinzip gebe es eine Verständigung mit der Stadt Düsseldorf über Investitionen für den Umbau des Museums. Wenn das Ministerium bei einer Überprüfung der Finanzierungsvereinbarung mit der Stadt Düsseldorf zu dem Ergebnis kommen sollte, daß der gekürzte Ansatz zur Erfüllung der Vereinbarung nicht ausreiche, wäre er dankbar, wenn an dieser Stelle noch eine Nachbesserung erfolgen könnte.

**Bodo Hombach (SPD)** trägt vor, seine Fraktion habe sich kurz vor der Sitzung noch erläutern lassen, daß dieser spezielle Deckungsvorschlag zu den vom Minister angesprochenen Rechtsproblemen im Verhältnis zur Stadt Düsseldorf führen könnte. Gleichwohl solle das Prinzip eingehalten werden, Deckung für die beantragten Ansatzserhöhungen vorzuschlagen.

Deswegen bitte er das Wirtschaftsministerium bis zur abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses um einen anderen Deckungsvorschlag aus dem Einzelplan 08. Man werde dann die heute zunächst zu beschließende Ansatzkürzung beim Museum für Volk und Wirtschaft entsprechend umwidmen.

**Alexandra Landsberg (GRÜNE)** schließt sich diesem Vorschlag an. Es habe bei diesem Titel keine Verpflichtungsermächtigung gegeben, so daß über die Ausgaben auch noch nicht

verfügt worden sein könne. Wenn das Ministerium eine sinnvollere Deckung vorschläge, sei sie damit einverstanden, dem zu folgen.

Nach der Abstimmung über alle Einzelanträge spricht **Laurenz Meyer (CDU)** das **Kapitel 08 060 - Programm "Rationelle Energienutzung" (REN-Programm)** - an, das von 68,8 Millionen auf 42,9 Millionen DM und damit um rund 40 % gekürzt worden sei. Er verbindet damit die Frage, ob die Mittel bisher zu hoch veranschlagt gewesen seien oder an welcher Stelle der Handlungsbedarf in diesem wichtigen Programm geringer geworden sei. - Die Kürzung bedeutet nach den Worten des **Ministers**, daß man sich auf die wichtigsten Projekte werde konzentrieren müssen.

**Laurenz Meyer (CDU)** betont, daß seine Fraktion die Kürzung deshalb bedaure, weil - während die Regelförderung jetzt in das Wohnungsbauministerium abgewandert sei - im Wirtschaftshaushalt die Modellprojekte angesiedelt seien, von denen jeweils die Anstoßwirkung ausgehe.

Dieses Bedauern, so erwidert **Minister Wolfgang Clement**, habe er bisher in Form entsprechender Anträge der CDU nicht wahrnehmen können. Das Ministerium werde versuchen, mit dieser aufgrund der Haushaltslage notwendigen Straffung zurechtzukommen, wobei zuzugeben sei, daß es bei den regenerativen Energien außerordentlich interessante Projekte gebe.

**GesamtAbstimmung** über den Haushalt siehe ebenfalls **Beschlußprotokoll**.

#### **4 CDU: Umweltpakt für NRW**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/2345

Die **Vorsitzende** erinnert daran, daß der Antrag am 10. September 1997 vom Plenum an den Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung - federführend - und an den Wirtschaftsausschuß zur Mitberatung überwiesen worden sei. Eine Frist zur Abgabe des Votums an den federführenden Ausschuß sei ihr bisher nicht mitgeteilt worden.

**Laurenz Meyer (CDU)** gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß es bei diesem Thema eine starke Gemeinsamkeit geben werde; denn er habe letzters einer Pressekonferenz des SPD-Fraktionsvorsitzenden entnommen, daß auch er so etwas wie einen Umweltpakt für erforderlich halte.



Änderungsanträge der Fraktionen  
im Wirtschaftsausschuß  
zum Einzelplan 08

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
01	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 08030 Förderung der Wirtschaft insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 68513 "Meistergründungsprämie"</p> <p>Ansatz 1998: 20,0 Mio. DM Erhöhung um: 5,0 Mio. DM auf: 25,0 Mio. DM</p> <p><u>Begründung:</u> Es wird die Erhöhung des Ansatzes auf 25,0 Mio. DM beantragt. Die Meistergründungsprämie hat sich als sehr effizientes und arbeitsplatzwirksames Instrument herausgestellt. Bis Ende September 1997 wurden 2.271 Fälle gefördert. Damit konnten 7.576 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert werden. Das sind durchschnittlich 3,3 Arbeitsplätze pro Betrieb und bedeutet eine Förderung von 5.995 DM pro Arbeitsplatz.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Wirtschaftsausschuß  
zum Einzelplan 08

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
02	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 08030</b> Förderung der Wirtschaft insbesondere des Mittelstandes</p> <p><b>Titelgruppe 60</b> Förderung eines modernen Managements, Beratungen für Existenzgründer sowie kleine und mittlere Unternehmen</p> <p><b>Titel 68260</b> Beratungshilfen zur Fortführung von Stilllegung bedrohter Betriebe</p> <p>Ansatz 1998: 300.000 DM Erhöhung um 1.700.000 DM auf: 2.000.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Bei Titel 68260 wird die Überrollung des Ansatzes von 1997 in Höhe von 2,0 Mio. DM vorgeschlagen. Bei diesem Haushaltstitel handelt es sich um Beratungshilfen zur Fortführung von Stilllegung bedrohter Betriebe (z.B. durch Mitarbeitergesellschaften), die z.B. aufgrund von Managementfehlern in eine wirtschaftlich schwierige Lage geraten sind, aber grundsätzlich überlebensfähig sind.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Wirtschaftsausschuß  
zum Einzelplan 08

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
03	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN	<p><b>Kapitel 08030</b> Förderung der Wirtschaft insbesondere des Mittelstandes</p> <p><b>Titelgruppe 73</b> Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung</p> <p><b>Titel 68573</b> Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland Ansatz 1998: 19,5 Mio. DM Erhöhung um: 13,5 Mio. DM auf: 33,0 Mio. DM Haushaltsvermerk bei Titel 68573: Ausgaben i.H.v. 13.500.000 DM sind gesperrt. Zusatz bei den Erläuterungen: Ausgaben i.H.v. 13.500.000 DM können geleistet werden, wenn die Mittel bei Titel 28620 eingehen.</p> <p><b>Titel 89373</b> Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland Ansatz 1998: 4,0 Mio. DM Erhöhung um: 1,5 Mio. DM auf: 5,5 Mio. DM Haushaltsvermerk bei Titel 89373: Ausgaben i.H.v. 1.500.000 DM sind gesperrt. Zusatz bei den Erläuterungen: Ausgaben i.H.v. 1.500.000 DM können geleistet werden, wenn die Mittel bei Titel 28620 eingehen.</p> <p><u>Begründung:</u> Bei Titel 68573 wird die Überrollung des Ansatzes von 1997 in Höhe von 33,0 Mio. DM und bei Titel 89373 in Höhe von 5,5 Mio. DM vorgeschlagen. Die Reduzierung der Landeszuschüsse für überbetriebliche Ausbildungslehrgänge wird zu einer Erhöhung der Gebühren für jene Betriebe führen, die ihre Lehrlinge in überbetriebliche Lehrwerkstätten entsenden. Diese Kürzung hätte negative Auswirkungen auf die Ausbildungsmotivation der Betriebe.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Wirtschaftsausschuß  
zum Einzelplan 08

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
04	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 08030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands</p> <p>Titel 66110 Kredite für kleine und mittlere Unternehmen in NRW</p> <p>Ansatz 1998: 14,000 Mio. DM Kürzung um: 0,700 Mio. DM auf: 13,300 Mio. DM.</p> <p><u>Begründung:</u> Einsparung bei Titel 66110 aufgrund von Ausgabenerhöhungen an anderer Stelle.</p>	



Änderungsanträge der Fraktionen  
im Wirtschaftsausschuß  
zum Einzelplan 08

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
05	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p><b>Kapitel 08031</b> Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, NRW/EU-Gemeinschaftsprogramme</p> <p><b>Titelgruppe 62</b> Zuschüsse im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms mit der EU zugunsten von Regionen, die von der rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind - Ziel 2 - (Landesanteil)</p> <p><b>Titel 66162</b> Schuldendiensthilfen an öffentliche Unternehmen</p> <p>Ansatz 1998: 10,000 Mio. DM Kürzung um 0,700 Mio. DM auf: 9,300 Mio. DM</p> <p><u>Begründung:</u> Einsparung bei Titel 66162 aufgrund von Ausgabenerhöhungen an anderer Stelle</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Wirtschaftsausschuß  
zum Einzelplan 08

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
06	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 08030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands</p> <p>Titel 28620 Erstattungen der EU aus dem Europäischen Sozialfonds</p> <p>Ansatz 1998: 1,0 Mio. DM Erhöhung: 15,0 Mio. DM auf: 16,0 Mio. DM</p> <p><u>Begründung:</u> Anpassung des Titels an den neuen Ansatz in der Titelgruppe 73, Titel 68573 (Erhöhung um 13,5 Mio. DM) und Titel 89373 (Erhöhung um 1,5 Mio. DM).</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Wirtschaftsausschuß  
zum Einzelplan 08

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
07	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 08030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands</p> <p>Titel 653 83 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung örtlicher und regionaler wirtschaftspolitischer Initiativen</p> <p>Ansatz 1998: 0,20 Mio. DM Erhöhung um: 0,35 Mio. DM auf: 0,55 Mio. DM</p> <p><u>Begründung:</u> Mehr zur Ausweitung örtlicher und regionaler wirtschaftspolitischer Initiativen.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Wirtschaftsausschuß  
zum Einzelplan 08

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
08	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Kapitel 08030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands  Titel 685 85 Landesprogramm "Neue Berufsfelder für Frauen in Technik und Handwerk"  Ansatz 1998: 1,15 Mio. DM Erhöhung um: 2,00 Mio. DM auf: 3,15 Mio. DM  Begründung: Mehr zur Verbesserung der Situation von Frauen in gewerblich-technischen Berufen.	

Änderungsanträge der Fraktionen  
im Wirtschaftsausschuß  
zum Einzelplan 08

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
09	SPD BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 08030 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands</p> <p>Titel 685 21 Zuschuß für das Landesmuseum Volk und Wirtschaft e.V., in Düsseldorf</p> <p>Ansatz 1998: 1,00 Mio. DM Kürzung um: 0,24 Mio. DM auf: 0,76 Mio. DM</p> <p><u>Begründung:</u> Einsparung bei Titel 685 21 zur Deckung von Ausgabenerhöhungen an anderer Stelle.</p>	



Anlage  
zu Vorlage 12/  
Anlage

Änderungsanträge der Fraktion der CDU  
im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zum Einzelplan 08, Haushalt 1998

Antrag Nr. \*\* Antrag (evtl. Begründung) \*\* Abstimmungsergebnis

I Kapitel 08 030

Titel 661 10 Kredite für kleine und mittlere Unternehmen in NRW  
(Programm "Impulse für die Wirtschaft", Förderbaustein "Gründung und Wachstum")

Ansatz 1998: 14 Millionen DM

Erhöhung: + 40 Millionen DM

Erläuterung:

In Nordrhein-Westfalen besteht nach wie vor eine große Selbständigenlücke. Um diese Selbständigenlücke zu schließen, muß die Förderung von Existenzgründungen im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik stehen. Um schon bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist es weiterhin notwendig, Betriebsverlagerungen in stärkerem Ausmaß als bisher zu fördern. Zur Durchführung dieser Maßnahmen müssen zinsverbilligte Landeskredite in höherem Ausmaß als bisher zur Verfügung gestellt werden.

Änderungsanträge der Fraktion der CDU  
 im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zum Einzelplan 08, Haushalt 1998  
 Anlage zu Vorlage 12/

Antrag Nr. \*\* Antrag (evtl. Begründung) \*\* Abstimmungsergebnis

2 Kapitel 08 030  
 Titel 685 13 Landes-Förderprogramm "Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfe für Handwerksmeisterinnen und Handwerksmeister - Meistergründungsprämie"  
 Ansatz 1998: 20 Millionen DM  
 Erhöhung: + 9 Millionen DM

Erläuterung:

Die Meistergründungsprämie ist inzwischen das effektivste Förderinstrument des Landes Nordrhein-Westfalen. Um die Handwerkerlücke in Nordrhein-Westfalen zu schließen, muß auch für Männer die Frist von zwei Jahren zwischen Meisterprüfung und Existenzgründung verlängert und möglichst eine Gleichstellung mit den Meisterinnen - d.h. Fristverlängerung auf 5 Jahre - erreicht werden.





Änderungsanträge der Fraktion der CDU  
im Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie zum Einzelplan 08, Haushalt 1998      Anlage  
zu Vorlage 12/

Antrag Nr. \*\* Antrag (evtl. Begründung)      \*\* Abstimmungsergebnis

4      Kapitel 08 030

Titelgruppe 73 Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung

Ansatz 1998:    25 Millionen DM

Erhöhung:      + 15 Millionen DM

Erläuterung:

Die Kürzungen der Landeszuschüsse zu den laufenden Kosten der überbetrieblichen Lehrwerkstätten und die Kürzungen bei den Investitionen in überbetriebliche Ausbildungsstätte muß zurückgenommen werden, damit über eine Verteuerung der Ausbildung für die Wirtschaft die Ausbildungssituation in Nordrhein-Westfalen nicht noch weiter verschlechtert wird.